

Danziger Zeitung.

Nr. 19987.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Interne Kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsausträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

Telegraphische Nachrichten der Danz. Ztg.

Neustrelitz, 19. Februar. Der Kaiser und die Kaiserin werden am Donnerstag, den 23. d. M., hier erwartet.

Sigmaringen, 19. Februar. Die Leiche der in Freiburg verstorbene Fürstin Katharina von Hohenzollern ist gestern Abend bei Fackelschein vom Bahnhof zur Gruftkirche übergeführt worden. Die fürtstliche Familie wohnte der Überführung bei.

Essen a. d. Ruhr, 19. Februar. Laut einer Meldung der „Aachener-Westfälischen Zeitung“ hat die Gewerkschaft Mont-Cenis bei Herne nunmehr endgültig ihren Beitritt zu dem Kohlenkongress angemeldet. Die Bildung des rheinisch-westfälischen Kohlenkongresses ist demnach vollständig rechtsgültig.

Aöln, 19. Februar. Zur Feier des 50jährigen Bischofsjubiläums des Papstes fand heute im Gürzenichsaal eine Versammlung statt, welche etwa 5000 Personen, darunter mehrere Reichstags- und Landtagsabgeordnete sowie höhere Beamte, bewohnten. Domprobst Dr. Berlage feierte den Papst als Friedensfürsten und Förderer der Wissenschaft; Oberlandesgerichtsrath Röhren hob das sozialpolitische Wirken des Papstes hervor. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirector Reichensperger, der ein Hoch auf den Papst ausbrachte und ein abzuhendendes Glückwunschtelegramm verlas. Die städtischen Gebäude sowie zahlreiche Privathäuser sind bestellt.

Wien, 19. Februar. Wie die Blätter melden, findet die Vermählung des Fürsten Ferdinand von Bulgarien mit der Prinzessin Marie von Parma am 10. April in der Villa Pianore bei Biareggio statt.

Gestern fand im Schloss Schwarzenberg die Verlobungsfeier des Fürsten Ferdinand in Anwesenheit der Mitglieder der Familien des Bräutigams und der Braut statt.

Paris, 18. Februar. Der Ministerrath beschloß bei dem Parlamente das dritte provisorische Zwölftel zu beantragen, da es nicht möglich sei, vor dem 28. d. Mts. das Budget zu votiren.

In Folge von Unruhen, die auf St. Domingo ausgebrochen sind, wird die französische Regierung den zur atlantischen Division gehörigen Kreuer „Magon“ dorthin entsenden.

Rom, 19. Februar. Der Papst celebrierte heute anlässlich seines Bischofs-Jubiläums die Messe, welcher mehr als 8000 Personen bewohnten. Noch bei Messe, welche um 11 Uhr begann, war ertheilt der Papst mit kräftiger Stimme den Segen. Das Aussehen des Papstes ist ein vorzügliches. Ganzwohl beim Betreten wie beim Verlassen der Kirche wurde der selbe enthusiastisch begrüßt.

Antwerpen, 19. Februar. Nach Beschluss der hiesigen Gesundheits-Kommission vom 11. d. Mts. sollen Herkünfte aus den Nordseehäfen an Stelle der bisherigen Beobachtung nur einer ärztlichen Untersuchung unterworfen werden. Die Einfuhr von Lumpen, alten Sachen etc. aus den Häfen bleibt unverändert.

Washington, 18. Februar. Die Abordnung der Königin von Hawaii ist hier eingetroffen, dieselbe ist bemüht, die Senatoren zu bestimmen, den Annexions-Vertrag nicht zu genehmigen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 20. Februar.

Die Tivoli-Versammlung.

Ein gelegentlicher Berichterstatter schreibt uns als Augenzeuge bei den Vorgängen auf Tivoli: Es mögen 10 000—12 000 Landwirthe aus ganz Deutschland gewesen sein, die erschienen waren, um der Versammlung auf Tivoli beizuhören. Nach der Statistik von 1882 waren im deutschen

Reich 4 597 412 landwirtschaftliche Betriebe in der Größe bis zu 10 Hectar. Bis zu 50 Hectar waren es 5 209 730 Betriebe. Die Besitzer dieser Betriebe kann man zu den Bauern rechnen. Auch die 41 623 Besitzer von 50 bis 100 Hectar mag man zu den Bauern zählen. Dann wären es 5 251 353 Bauern. Diesen stehen gegenüber 24 991 Großgrundbesitzer von über 100 Hectar. Die Großgrundbesitzer machen also, gegenüber den Bauern, nicht $\frac{1}{2}$ Proc. aus. Wenn die Landwirthe auf der Versammlung hätten gleichmäßig vertreten sein sollen, dann hätten wir in der selben 99 $\frac{1}{2}$ Proc. Bauern und $\frac{1}{2}$ Proc. Großgrundbesitzer antreffen müssen. Thatsächlich aber ein umgekehrtes. Etwa 90 Proc. Großgrundbesitzer, bzw. deren Söhne, und nur 10 Proc. Bauern waren anwesend. Die Tivoli-Versammlung hat nur die Stimmung der unzufriedenen agrarischen Großgrundbesitzer zum Ausdruck gebracht.

Wer die beweglichen Alagen dieser Landwirthe vorher gelesen hatte, war arg enttäuscht von dem Auftreten dieser Versammlung. Man glaubte, ähnlich wie in den Arbeitslosen-Versammlungen, Notleider anzutreffen, aber danach sah es dort nicht aus. Gesundheitsstrotzende, wohlgenährte Gestalten in Jagdhüten, wie man sie auf Treibjagden zu sehen gewohnt ist, kamen in Droschken angefahren, um auf Tivoli über ihre Noth zu klagen. Höchstens das Eine konnte man als äußeres Zeichen des Notstandes (oder auch der conservativen Gesinnung) auffassen, daß manche Herren mit Cylinder angekommen waren, die anscheinend von den Urahnen herstammten. Auch die Jugend, wahrscheinlich frühere Berliner Studirende oder Einjährige, war zahlreich erschienen. Die wenigen Bauern standen abseits und schienen ordentlich verwundert zu sein über das Aussehen ihrer nothleidenden Bauernbrüder.

Schon um 1 Uhr war der Tivoli-Saal gefüllt. Die bis 3 Uhr ankommenden Gäste mußten auf dem Tivoli-Hof und im Garten warten, bis die zweite Versammlung um 5 Uhr begann. Die Polizei reichte nicht aus, so groß war der Andrang; sie mußte sich telegraphisch Hilfe herbeirufen. Es erschien ein Trupp berittener Schutzleute.

Während der ersten Versammlung mußte ich draußen stehen und konnte erst der zweiten bewohnen. Der Vorsitzende, Herr v. Plötz, eröffnete die Versammlung und ertheilte Herrn Ruprecht, welcher mit bürgerlichem Mantel empfangen wurde, das Wort. Er vertheidigte sich gegen die Auslegung, die seiner bekannten Neuzeitung, unter die Sozialdemokraten zu gehen, von freisinniger Seite gegeben worden sei. Herr v. Wangenheim stellte die Gründung einer neuen Zeitung in Aussicht. Ein anderer Redner verwahrte die Landwirthe dagegen, daß diese Bewegung ihnen über den Kopf wachsen könnte. Sie wollten nichts „Staatsgefährliches“. Die Bewegung riech sich nicht gegen den Besitz. Herr v. Plötz mahnte zur Zeichnung von Beiträgen und wies darauf hin, daß ein „kleiner Landwirth“ aus dem Osten 150 Mk. geschickt hat. 9135 Mk. seien bei der Gründung des Bundes gezeichnet worden und jetzt seien es schon 30 000 bis 40 000 Mk. Herr v. Diest-Daber forderte die Landwirthe auf nicht mehr wie bisher „gutmütig“ zu sein. Schon immer habe er dahin gestrebt. Endlich sei die Bewegung da, hoffentlich werde sie nicht mehr zurückgehen. Ein wirklicher Bauer aus Pommern erhielt dann das Wort. Er sprach sehr laut und schlug mit der Faust auf den Tisch, daß es durch den ganzen Saal hallte. Die Bauern müßten sich quälen und kämen zu nichts. Er sprach seinen Ärger darüber aus, daß in den Parlamenten immer „Heiterkeit“ wäre, wenn von der Noth der Landwirthe gesprochen würde.

Stadt-Theater.
Eine ältere Posse von L'Arronje und Moser, „Der Registratur auf Reisen“, wurde am Sonntag wieder einmal aufgeführt, eine Posse, die ihren einstigen Erfolg hauptsächlich dem Umstand verdankt, daß Helmerding in der Figur des Cäsar wichtig eine Rolle von urkraftigster Komik schuf. Bei uns spielte diese Partie, mit der das Stück steht und fällt, wie schon in früheren Jahren Herr Bing. Derselbe ist immer noch genötigt, sich in seinen Bewegungen auf der Bühne etwas Zurückhaltung aufzuwerden und das beinhaltet doch einigermaßen die Wirkksamkeit seines Spiels. Doch hatte er viele glückliche Momente und wirkte namentlich mit seinem Coupletvortrag sehr erheiternd. Bestens unterhalten wurde er in der Darstellung von Herrn Arndt, der den neuengläser Reporter mit drastischer Komik spielte. Fr. Bettina Calliano und Frau Steinberg. Die Posse selbst, wenngleich sie auch manches wirklich komische enthält, gehört gerade nicht zu den besten ihres Genres und hat sich schon so ziemlich überlebt.

Bleicheröder †.

Der Geheime Commerzienrat Gerson v. Bleicheröder, Chef des Hauses G. Bleicheröder zu Berlin, ist Sonntag Nachmittag 1½ Uhr gestorben.

Bleicheröder hatte erst vor wenigen Wochen, ancheinend noch frisch, den siebzigsten Geburtstag gefeiert. Bald aber befiel ihn ein intensiver Schwächezustand, dem er rasch erliegen sollte. Mit Gerson v. Bleicheröder Tod hat ein thaten- und erfolgsreiches Leben, aber auch ein Leben, dem die Trübs- und Drangsal des menschlichen Daseins nicht fern geblieben sind, seinen Abschluß gefunden. Das Bankhaus G. Bleicheröder war, schreibt das „B. T.“, von dem Vater des Verstorbenen begründet worden, und schon der Begründer des Hauses hatte die intimen Beziehungen zu den Rothschild'schen Firmen hergestellt. Aber die Höhe seiner Entwicklung gelangte das

Er wies dann auf den Aufstand der schweizerischen Bauern hin, denen sich Stauffacher und der ganze Adel angeschlossen hätte. Jetzt reiche der Edelmann den Bauern die Hand. Man müsse sie ergreifen, um sich zu befreien. Als dann erhielt der „Bauerhofsbesitzer, Hofprediger a. D. Göder“ das Wort. Er stellte sich als Bauermann und Freund der Landwirtschaft vor, spielte dabei jedoch keine gute Rolle. Von den Juden sprach er nicht, aber die anwesenden Antisemiten riefen dazwischen „die Juden“. Als an den Kaiser ein Huldigungstelegramm abgesandt werden sollte, rief ein Theil energisch „Bismarck“. Herr v. Plötz gelang es, diesen Widerspruch zu beschwichten, indem er sagte: Bismarck weiß ja, daß wir alle hinter ihm stehen. Vertreter landwirtschaftlicher Vereinigungen aus Bayern, Württemberg, Baden, Hannover u. s. w. erklärten ihre Zustimmung zu den Bestrebungen des Bundes.

Der Eindruck, den ich nach dieser Versammlung gewonnen habe, ist folgender: Schon jetzt kann man Anfänge zweier Richtungen erkennen. Die gemäßigtere und vernünftigere Richtung lenkt nach dem Socialismus. Verstaatlichung des Versicherungswesens, der Grundschulden und sogar Verstaatlichung des Grund und Bodens sind Forderungen, die man in diesen Kreisen hört. Ich stehe mit einem Großgrundbesitzer, einem Mitglied des „Bauernbundes“, in Verbindung, der die Verstaatlichung von Grund und Boden verlangt. Die andere Richtung, ich möchte sie nennen die Bismarck-Diest-Daber'sche, ist eine ernst gemeinte Fronte gegen die Regierung. Für die Regierung gibt es da nur zwei Wege: Entweder sie gibt den Junkern nach und bricht mit dem Volk, oder sie stützt sich ganz auf das Volk und läßt die Agrarier bei Seite.

Mitsstände bei der Steuerveranlagung.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ hat dieser Tage die sonderbaren Praktiken der Vorsitzenden der Veranlagungs-Kommissionen, u. a. den Beuthener Fall mit einer in einem offiziellen Blatte auffallenden Schärfe beleuchtet. Im Lande aber, hielt es da, kann es nur verstimmend wirken, zu beobachten, daß die Intentionen der oberen Organe und der Gesetzgebung so vollkommen misverstanden werden, daß es erst der Intervention der Presse und des Publikums bedarf, um Remedy gegen steuerfiscalschen Uebereifer herzuführen. Der Artikel schloß mit der Bemerkung, es wäre zu wünschen, wenn von höheren Stellen generell kein Zweifel darüber gelassen würde, daß „man“ ein Verfahren nicht billigt, wie solches den bereiteten Beschwerden zu Grunde liegt. Das war also in dem Blatte, dessen nahe Beziehungen zu dem Reichskanzler bekannt sind, eine direkte Aufforderung an den preußischen Finanzminister, dem Vorgehen der Berufungscommissionen Schranken zu setzen. Der Artikel befand sich in der „Nordd. A. Ztg.“ vom 16. Februar. Heute aber ergiebt sich aus einer Mitteilung des „Reichsanzeigers“, daß der Finanzminister bereits am 14. Februar eine Verfügung an die Vorsitzenden der Einkommensteuer-Berufungscommissionen erlassen hat, in welcher der Wunsch der „N. A. Z.“ bereits erfüllt war, daß diese denselben in ihren Spalten ausgesprochen hat. Das (in Beuthen und andernorts) beliebte Verfahren bei der Beanstandung von Steuererklärungen, bei welchen der Steuerpflichtige über den Grund der Beanstandung im Unklaren bleibt, dagegen aufgefordert wird, durch Beantwortung einer langen Reihe von Fragen seine gesammten Verhältnisse weitläufig darzulegen, entspricht nicht dem Sinne der Vorschrift in der Ausführungsanweisung. In Fällen wo Zweifel entstehen, ob bei der Berechnung des Einkommens nach den richtigen Grundsätzen verfahren sei, sei die persönliche Verhandlung mit den Censitern der ge-

das empfindlichste an sich erfahren, und auch sonst hat das Schicksal wiederholt hart angefaßt. Die Erben seines Bankhauses sind außer dem Geh. Commerzienrat Schwabach seine Söhne Hans und Georg. Sein Sohn James hat sich schon früher für die Landwirtschaft entschieden; seine Tochter ist in zweiter Ehe mit Herrn v. Bleicheröder unter den Ersten zu nennen. Nachdem sich die preußische Regierung früher einmal durch Bleicheröders Rath aus einer Verlegenheit geholfen hatte, wurde er am Ende des deutsch-französischen Krieges nach Versailles berufen, um als finanzieller Berater an den Friedensverhandlungen Theil zu nehmen. Die Nobilitirung, die Bleicheröder im Jahre 1872 zu Theil wurde, verdankt er namentlich seiner Mitwirkung an der Durchführung der verwirkelten Finanzoperationen mit Rumänien, an denen eine Reihe hervorragender Mitglieder der preußischen Aristokratie beteiligt gewesen waren. Den rumänischen Geschäften folgte eine ungähnliche Reihe von Finanzoperationen mit allerhand anderen Staaten, mit Österreich-Ungarn, Italien, Russland, Finnland, Dänemark, Schweden, Holland, der Türkei, Griechenland und Mexiko. Auch in der Finanzierung großer industrieller Unternehmen suchte die Firma ihr Arbeitsgebiet. Hervorragende Mitarbeiter, welche Gerson v. Bleicheröder für sein Haus zu gewinnen verstanden, vor allen sein Vetter und nachmaliger Sozius, der Geh. Commerzienrat Schwabach, ferner die guten Beziehungen, die zwischen dem Fürsten Bismarck und dem Hause Bleicheröder bestanden, kamen dem Erfolge in nicht geringem Maßstabe zu Statten. Sollen die gesammten Erfolge in einer Ziffer ausgedrückt werden, die allerdings als eine nur ganz annähernde Schätzung anzusehen ist, so dürfte das von Gerson v. Bleicheröder hinterlassene Vermögen auf 100 Millionen Mark zu schätzen sein. Die niedrigste Schätzung, die in diesem Sinne angeführt wird, lautet auf 70 Millionen. Gewiß eine imponirende Ziffer! Indes lehrt das Leben Gerson v. Bleicheröder, daß das Glück, welches der Besitz eines großen und selbst eines so kolossalen Vermögens gewährt, nicht überschätzt werden sollte. So große materielle Erfolge werden nicht erreicht, ohne daß harte Kämpfe zu bestehen sind, ohne daß das Leben von Reid und anderen Anfeindungen heimgesetzt und verfolgt wird. Das hat Gerson v. Bleicheröder auf

das empfindlichste an sich erfahren, und auch sonst hat das Schicksal wiederholt hart angefaßt. Die Erben seines Bankhauses sind außer dem Geh. Commerzienrat Schwabach seine Söhne Hans und Georg. Sein Sohn James hat sich schon früher für die Landwirtschaft entschieden; seine Tochter ist in zweiter Ehe mit Herrn v. Bleicheröder unter den Ersten zu nennen. Nachdem sich die preußische Regierung früher einmal durch die Vorschrift in der Ausführungsanweisung. In Fällen wo Zweifel entstehen, ob bei der Berechnung des Einkommens nach den richtigen Grundsätzen verfahren sei, sei die persönliche Verhandlung mit den Censitern der ge-

eignete Weg. — Die „N. A. Z.“ wird sich jetzt wohl beruhigen.

Die Gumme der Invaliditäts- und Altersrenten,

welche im Jahre 1892 von 187 800 Personen bezogen wurden, belief sich auf 22,4 Mill. Mark, so daß auf den Kopf 119,28 Mark gezahlt wurden. Die von den Versicherungsanstalten seit dem 1. Januar 1891, also seit dem Inkrafttreten des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes, festgesetzten Renten repräsentieren bis Ende 1892 überallgälig ein Deckungskapital von rund 83 Millionen Mark. Dem steht nach Abzug der gesamten Verwaltungskosten eine Einnahme aus Beiträgen im Jahre 1891 von rund 85,2 Millionen, 1892 von 84,3 Millionen, zusammen 169,5 Millionen gegenüber. Es verbleibt demgemäß ohne Berücksichtigung von Zinsen nach Abzug aller Verpflichtungen aus den Jahren 1891 und 1892 ein Überschuss aus Beiträgen von rund 69,9 Millionen. Wenn übrigens die Einnahmen aus Beiträgen im Jahre 1892 um fast 1 Million geringer gewesen ist als im Jahre 1891, so liegt dies wohl ausschließlich daran, daß am 1. Januar 1892 der Allgemeine Knapsackverein zu Bodum eine eigene Klasse bildete und in Folge dessen gegen 130 000 versicherungspflichtige Personen aus den Bezirken der Versicherungsanstalt Rheinprovinz und Westfalen ausgeschieden sind.

In der italienischen Deputirtenkammer

wurde am Sonnabend von dem Deputirten Lucifer eine Interpellation eingebracht über die angeblichen Neuerungen des deutschen Reichskanzlers Grafen Caprivi in der Militärccommission des deutschen Reichstages bezüglich der gegenwärtigen Lage Italiens vom politischen, finanziellen und militärischen Standpunkte innerhalb der Tripelallianz. In Beantwortung dieser Interpellation erklärte der Minister Brin: Nichts ermächtigte die Italiener zu glauben, daß Italien gegenwärtig von Deutschland minder gefürchtet werde, als früher. Den von Lucifer erklärten, nicht offiziellen Erklärungen habe er, der Minister, bereits die offizielle Erklärung entgegengestellt, daß die Streitkräfte Italiens zu Lande und zur See keineswegs herabgezogen werden seien, wenn Sie die ebenfalls auch nicht denjenigen Deutschlands gleichkämen oder jemals gleichgekommen wären. Er halte es demnach nicht für wahrscheinlich, daß Graf Caprivi das ihm zugeschriebene Urtheil über die militärische Macht Italiens wirklich gefällt habe; noch weniger wahrscheinlich sei es, daß der deutsche Reichskanzler die Frage erörtert habe, ob die Tripelallianz bei dem Ablauf des gegenwärtigen Vertrages erneut werden würde oder nicht; die Verbündeten selbst würden es nicht vermögen, den Anstrengungen Italiens, die militärischen Verhältnisse seines wirtschaftlichen Kräften anzupassen, ihre Billigung zu verlagen. Der Minister stellte in Abrede, daß die Verbündeten das Bischofsjubiläum des Papstes zu feindseligen Auseinandersetzungen gegen Italien benützen. Es handele sich hier um Auseinandersetzungen, die von der internationalen Courtoisie und der Verehrung für den Papst eingetragen seien und Italien selbst habe keinen Grund, über dieselben nicht erfreut zu sein. Der Minister schloß, die italienische Regierung habe immer ihr Möglichstes gethan, um das hohe Ansehen des Landes aufrechtzuhalten und habe es niemals an einer treuen Erfüllung der Verträge der Tripelallianz fehlen lassen. Die Bedenken Lucifers seien demnach grundlos. Lucifer erklärt sich durch die Antwort nicht zufriedengestellt.

Vock-Zeitung zu versen. Hier wird der Welt-Distanzflug Berlin-Chicago besungen, dort ist eine Hymne an den Vock, hier wieder ein Vock-Preis-Räthsel und dort flammt die Vock-Liebe in Gestalt eines Poems der goldenen 110. Nunne mit seiner Satire auf die Brautfeier fehlt ebenso wenig, wie ein Frühlings-Ahnen frei nach Heyne:

Leise zieht durch mein Gemüth
Fernes Fasses Klopfen.
Klinge kleines Frühlingslied,
Lied von Daß und Hopfen.
Aling hinaus bis an das Haus,
Wo die Fässer winken:
Wenn Du wo ein Vockbier schaust,
Sag: Ich möcht es — trinken!

Und es wird getrunken! Denn wenn man Tags darauf vernimmt, welche Massen dieses frischen Bieres konsumirt worden sind, glaubt man es kaum. Von Stunde zu Stunde wird natürlich die Stimmung eine Vockbierdelle, bis einer nach dem anderen „vom Vock“ schwierig schwankend die Heimreise antritt, um sich am kommenden Morgen leider gestehen zu müssen, daß das gefährliche Vockbier noch immer keinen Temperaturwechsel vertragen kann, es auch in diesem Jahre nichts von seiner hinterlistigen Tüte eingebüßt hat. „Aber schön war es doch!“ Und wenn die nächste Vockbier kommt, wandert man natürlich wieder den steilen Berg nach Tempelhof hinan und bedauert innerlich lebhaft, daß nur einmal im Jahre eine Vockbierstatistik findet!

Berlin, 19. Februar. Die Berliner Theater bieten in dieser Woche nicht viel Neues. Nur im Opernhaus steht eine große Woche bevor. Mascagni, der am Freitag Abend in Berlin angekommen ist, wird am Dienstag die „Cavalleria rusticana“, am Donnerstag „Freund Fritz“ leiten und Sonnabend gehen des Komponisten „Ranckau“ zum ersten Mal in Scène.

Coburg, 19. Februar. Der Eingangstermin für die Opernconcurrenten um den vom Herzog von Coburg ausgeschriebenen Preis ist vom 1. März auf den 20. März hinausgeschoben worden. (W. L.)

* [Unterschriften für den Landwirtschaftsverein.] Ueber die Methode, wie die Unterschriften zu den Petitionen des neuen Landwirtschaftsvereins gesammelt werden, wird der „N. Görl. Anz.“ aus einem Dorfe geschrieben, daß der Sammler in Abwesenheit der Bauern die Namen dieses durch anwesende Kinder unter die Petition schreiben läßt; in dem einen Falle folgte eine Tochter der Aufforderung, in dem anderen lehnte der Sohn mit Recht das Ansinnen energisch ab. Es soll auch in einem Orte vorkommen sein, daß der Amtsdienner angeblich im Auftrage des Amtsvorstechers die Petition ausgetragen hat!

* [Ausgaben für die Verwaltung des Reichsheeres.] Auf Verlangen der Militärcommission hat das Bureau des Reichstags, wie die „Frei. Jtg.“ mittheilt, die Ausgaben für die Verwaltung des Reichsheeres im Jahre 1879/80 zusammenge stellt mit den Ansätzen in dem Staatsjahr 1893/94. Es handelt sich bei den letzteren Ansätzen noch nicht um die Mehrkosten aus der neuen Militärvorlage. Die beiden erwähnten Jahre sind deshalb einander gegenübergestellt, weil nach dem Jahre 1880 die Erhöhungen der Präsenzstärke begonnen haben und die 1881, 1887 und 1890 erfolgten Heeresverstärkungen zusammengekommen (von 401 659 auf 486 983 Mann) ungefähr gleichkommen den jetzt geplanten neuen Heeresstärke (von 486 983 auf 570 877 Mann). Nach der Zusammenstellung ist die Summe der fortlaufenden Ausgaben von 315 232 955,99 Mk. im Jahre 1879/80 auf 428 172 899 Mk. im Jahre 1893/94, also um 113 Millionen gewachsen.

* Das Rittergut Dyroth in Ostholsteinland, bisher dem Major v. Bredow gehörig, ist, wie der „A. f. d. S.“ mittheilt, in den Besitz des Herrn Rudolf Moisse für den Kaufpreis von 540 000 Mk. übergegangen. Die antisemitische „Staats-Zeitung“ ist wütend darüber. Sie ändert damit aber nichts weder an diesen, noch an anderen Thatsachen.

* [Die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel] betragen im Monat Januar d. J. im Vergleich zu den Inflammern beigefügten Preisen vom Dezember v. J.: für 1000 Kilogr. Weizen 151 (148) Mk., Roggen 133 (130) Mk., Gerste 138 (138) (227) Mk., Hafer 139 (138) Mk., Roherbsen 227 (227) Mk., Speiseflocken 246 (246) Mk., Linsen 450 (452) Mk., Eiskartoffeln 42,2 (41) Mk., Rüschstroh 46,2 (45,4) Mk., Heu 71,2 (70,4) Mk.; für ein Rindfleisch 1,24 (1,25) Mk., Schweinefleisch 1,35 (1,36) Mk., Kalbfleisch 1,24 (1,25) Mk., Hammelfleisch 1,22 (1,22) Mk., geräucherter inl. Speck 1,71 (1,71) Mk., Eßbutter 2,28 (2,42) Mk., Weizengehl 0,29 (0,28) Mk., Roggenmehl 0,26 (0,25) Mk., mittlen Javareis 0,53 (0,54) Mk., mittlen rohen Javakaffee 2,85 (2,84) Mk., gelben gebrannten 3,79 (3,74) Mk., inländisches Schweinefleisch 1,66 (1,65) Mk.; für ein Schinken Eier 5,18 (4,55) Mk.

Posen, 18. Februar. Hiesige Blätter bringen einen von etwa 40 polnischen Adligen und Bürgern unterzeichneten Aufruf, worin die Polen aufgerufen werden, sich etwa beabsichtigten Kundgebungen anlässlich der 100-jährigen Wiederkehr der zweiten Theilung Polens zu enthalten, dagegen sich häuslich einzurichten und aus den damit erzielten Erparnissen Opfer für öffentliche Zwecke, in erster Linie für Volksbibliotheken, zu bringen.

Halle a. S., 19. Februar. Eine von Mitgliedern der nationalliberalen Partei heute hierher einberufene Versammlung beschloß nahezu einstimmig eine Resolution des Inhalts, daß sie eine Einigung des Parlaments und der Regierung über die Militärvorlage auf Grund der gesetzlichen Feststellung der zweijährigen Dienstzeit für geboten erachte.

England.

London, 18. Februar. Bei der Wahl eines Unterhausmitgliedes in Heysham wurde der Gladstoneaner MacInnes mit einer Mehrheit von 446 Stimmen gegen den Unionisten Clayton gewählt. Bei der letzten Wahl hatten die Conservative eine Mehrheit von 82 Stimmen.

Garnett, 18. Februar. Dem drohenden Ausstand von etwa hundert Tausend Kohlenbergwerks-Arbeitern ist durch eine gütliche Vereinbarung vorgebeugt worden, derzufolge die Löhne nach beweglicher Scala um 8% proc. erhöht oder herabgesetzt werden können.

Bon der Marine.

Wilhelmshaven, 18. Februar. Wie verlautet, befürchtet sich der Schaden, welcher durch den Brand auf dem Panzerschiffe „Kronprinz“ verursacht worden ist, nach vorläufigen Schätzungen auf 120 000 Mk.

* Die Entlassung der Mannschaften der Marine- theile am Lande und der Besatzungen der in heimischen Gewässern befindlichen Schiffe hat nach soeben ergänzter kaiserlicher Bestimmung, in der zweiten Hälfte des Monats September 1893 stattzufinden. Die Dekommandantur der Werftdivisionen sind am 30. September 1893 zu entlassen. Über die Einstellung der Rekruten innerhalb der Grenzen des Staats hat das Reichs-Marine-Amt, über die Einstellung von Reserve-Offizieren u. c. das Ober-Commando der Marine nähere Bestimmung zu treffen.

Danzig, 20. Februar.

* Herr Oberbürgermeister Dr. Baumbach ist gestern Morgen von Berlin auf zwei Tage hierher zurückgekehrt, um einige dringende ländliche Geschäfte zu erledigen.

* Rudolf Steimigk f. Sonnabend Abend starb hier im 75. Lebensjahr der Kaufmann und frühere Fabrikbesitzer Herr Rudolf Steimigk, dessen Name in der Geschichte unserer jungen Industrie ehrenvoll verzeichnet steht. Im Jahre 1845 begründete der nun heimgegangene hier eine Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, deren Erzeugnisse in weiten Kreisen geschäft und weit hin, bis nach den Rheinlanden etc. versandt wurden. Später beteiligte er sich auch an der hiesigen Teres-Delmuhe, und von 1857–1884 war er Inhaber der durch ihn zu bedeutendem Ausschwingen entwickelten Papierfabrik in Groß Bölkau, welche dann auf seinen Sohn überging. Viele Jahre gehörte Herr Steimigk dem Verwaltungsrathe der Danziger Privat-Aktien-Bank an und auch um das evangelische Gemeindeleben erwarb er sich als hervorragendes Mitglied der Kreisgruppe und des Synodalvorstandes Verdienste. Sein Andenken wird bei allen, die ihn kannten, in Ehren bleiben.

* [Geld- und Geeschafft.] Vom Gunde wird heute telegraphirt, daß die Eisverhältnisse noch unverändert sind und leichter Frost herrscht. Der hiesige Schraubendampfer „Frieda“, welcher kürzlich von Helsingör nach der Ostsee vorzudringen versuchte, ist durch den Gr. Welt bis in

die Nähe von Arkona gelangt, scheint dort aber starkes Eis angetroffen zu haben, welches weiteres Vordringen hinderte. — Der hiesige Schraubendampfer „Livonia“ ist auf einer sehr schnell bewirkten Reise von Bremerhaven in Marstrand (Schweden) angekommen.

* [Von der Weichsel.] Die Eisbrecherarbeiten nehmen einen stetigen Fortgang. Nach der heutigen Meldung befinden sich die Eisbrechdampfer 10 Kilometer unterhalb Graudenz.

Ein Telegramm aus Warschau von gestern Nachmittag meldet 1.80 Meter Wasserstand. Von heute Mittag wird telegraphirt, daß der Wasserstand 2,21 Meter betrage; es ist also ein nicht unerhebliches Steigen eingetreten.

* [Tubuläumsfeier.] Anlässlich des goldenen Bischofsjubiläums des Papstes hatten gestern die katholischen Kirchen und viele Häuser unserer katholischen Mitbürger Flaggensturm angelegt. Abends waren mehrere derselben reich illuminiert. Von den Thürmen der katholischen Kirchen wurden bengalische Flammen abgebrannt und Leuchtkugeln aufgelassen, auch erklangen festliche Weisen von verschiedenen Kirchtürmen. Vormittags fanden in den katholischen Kirchen Festgottesdienste, Mittags fand die Generalprobe zu den heutigen Festfeiern im Schützenhaus statt.

* [Volks-Unterhaltungs-Abend.] Noch stärker als die vorausgegangenen beiden, war der gestrige dritte Volks-Unterhaltungs-Abend im Bildungsvereinshause besucht. In wenigen Stunden waren bereits am Freitag die zum Verkauf gestellten Eintrittskarten völlig vergriffen und gestern jedes Plätzchen im Saale wie in den anstoßenden Räumen besetzt. Mit dem gemeinschaftlichen Gesange von Mozarts herrlichem Bundesliede, dessen sinniger Text wie geschaffen für diese Veranstaltungen ist, wurde der gestrige Abend eröffnet. Dann hielt der Vorsitzende der die Volksunterhaltungsabende leitenden Vereinigung Herr Oberbürgermeister Dr. Baumbach, dessen Gemahlin der Feier gleichfalls bewohnte, eine kurze Begrüßungs-Ansprache, in welcher er die Geschichts- und schönen Zielpunkte dieser Abende erörterte und deren Pflege allen Volksfreunden empfahl. Fr. Brandstätter, Fr. Pepi Rosé und Fr. T. Reutener sowie dessen Gemahlin, welche wieder die Belebung sämtlicher Gesänge am Flügel mit kunstgebüter Hand führte, erfreuten darauf die Versammlung durch eine Reihe von hübsch ausgewählten und nicht minder hübsch gesungenen Solovorträgen, die zum Theil auf stürmisches Verlangen wiederholt werden mußten, zum Theil durch Einlagen bereitwillig erweitert wurden. Auch das von Fr. Brandstätter und Fr. Rosé vorgetragene klängliche Briefduett aus „Figaro's Hochzeit“ mußten die Damen der jubelnden Zuhörerschaft wiederholen. Nicht minder lebhafte Stimmung fand das von den beiden Damen und Fr. Reutener vorgetragene melodiose Terzett „Der Strauß, den ich gepflichtet“, und fünf prächtige Liedervorträge, mit denen das zur Freude aller Gangestreuende reconstruite Danziger Soloquartett den Abend so eindrucksvoll verschönnte. Zwischen den Gesängen recitirte ein Mitglied des Comités eine größere Scene aus Schillers „Don Carlos“ und später einige humoristische Dichtungen von Görner, welche ihren Heiterkeitserfolg nicht versiehlt. Den wissenschaftlichen Vortrag hielt diesmal Fr. Dr. Werner, welcher in meisterhafter, gedrangter Rede die Entwicklung der Sprache und der religiösen Auseinandersetzungen des Menschengeschlechts schilderte, als den Beruf der ersten das Ringen nach Wahrheit, der letzteren liebende Duldsamkeit in der eigenen Gemeinsamkeit wie gegen jede andere Gemeinschaften den Erben dieser Errungenschaften unserer Vorfahren ans Herz legt.

Auch diesmal bildete die Versammlung ein buntes Gemisch von Angehörigen aller Berufe und Gesellschaftsklassen und es herrschte, wie man wohl sagen darf, die Andacht einer Archivenversammlung während der dreistündigen künstlerischen und wissenschaftlichen Darbietungen, deren Spendern schließlich ein dankbares dreimaliges Hoch datengebracht wurde. In ca. 4 Wochen soll der letzte diesjährige Volksunterhaltungsabend folgen.

* [Personen bei der Tufts.] Der Reichscandidat Paul Gladkowsky aus Danzig ist zum Referendar ernannt und dem Amtsgerichte in Sopot zur Beschäftigung überwiesen; der Amtsgerichts-Secretär Draheim in Gollub ist in gleicher Eigenschaft mit der Funktion als Rendant der Gerichtshofe an das Amtsgericht in Löbau verfehrt worden.

Etwas, 18. Februar. Die hiesige Stadtverordneten-Versammlung genehmigte in ihrer letzten Sitzung den Ankauf des Terrains zum Schlachthause für den Preis von 17 000 Mk.

* Die Entlassung der Mannschaften der Marine- theile am Lande und der Besatzungen der in heimischen Gewässern befindlichen Schiffe hat nach soeben ergänzter kaiserlicher Bestimmung, in der zweiten Hälfte des Monats September 1893 stattzufinden. Die Dekommandantur der Werftdivisionen sind am 30. September 1893 zu entlassen. Über die Einstellung der Rekruten innerhalb der Grenzen des Staats hat das Reichs-Marine-Amt, über die Einstellung von Reserve-Offizieren u. c. das Ober-Commando der Marine nähere Bestimmung zu treffen.

* [Unfälle.] Der Besitzer Julius Al. aus Gruppe, welcher zur Erdigung von Gebäuden nach Danzig gekommen war, wurde in der Verhöldischen Gasse von einem Fuhrwerk überfahren, von dem Wagen eine Strecke mitgeschleift und durch einen Hufschlag des neuen Pferdes getroffen, wobei er einen Rippenbruch, eine Nervenlähmung und mehrere andere Verwundungen erlitt. — Der Bürstenmacher Wilhelm M. von hier ist gestern Nachmittag am Grünenhöher zu Fall und schlug mit dem Kopf gegen einen scharfen Bordstein. Als einer großen Kopfwunde blutend, mußte er per Tragkorb nach dem Stadtkrankenhaus in der Sandgrube gebracht werden. — Dem auf der 3. Linie Schiffswerft beschäftigten Lehrling Eugen B. fiel heute Vormittag beim Treppensteigen eine gußeiserne Rammlade dasfelbe auf den linken Fuß. Auch er mußte nach dem Stadtkrankenhaus gebracht werden.

* [Gärtnertheater.] Fr. Prevost, welche zur Zeit in Russland ein Gaßspiel absolviert, hat dasselbe auf dringendes Ansuchen dort verlängert und ihr hiesiges Auftreten weiter um einige Tage verschoben. Sie kommt daher erst gegen Ende dieser Woche hier an, so daß das erste Auftreten derselben als Violetta in „Traviata“ erst am Sonnabend erfolgen kann. Die für Dienstag resp. für Donnerstag vorgemerkt Plätze werden für Sonnabend überschrieben werden. — Am Donnerstag findet zum Benefiz für unseres Iriischen Baritons, Herrn Paul Stolzenberg, die Aufführung der Lohengrin'schen Oper „Undine“ statt.

* [Einführung in die Kämmererkasse.] In der Nacht zu gestern ist der hiesigen Kämmererkasse von Einbrechern ein unerbetener, außerordentlicher Revisionsbesuch abgestattet worden. Nachdem die Kasse am Sonnabend vorchristsmäßig revisiert worden, wobei sich ein augenfällig bedeutender Baarbestand ergab, wovon ca. 100 000 Mk. bei einem Kassensitus deponirt, Nachmittags waren noch größere Zahlungen, u. a. auch an Arbeiter geleistet worden. Der oder die Einbrecher scheinen hieron Kenntniß gehabt zu haben, auch mit den Lokalitäten vertraut gewesen zu sein. Er oder sie haben ihren Weg durch den Keller des sogen. Servushauses genommen, sich dort ein sogen. „Universalwerkzeug“ (Auktion) geholt und nun zunächst in ziemlich kumtoller Weise die eiserne Thüre des Kassenlokals erbrochen, dann haben sie zunächst ihr Augenmerk auf die dem Kassirer zur Aufbewahrung von Gerechtsamaterialien, Formularen u. c. überwiesenen Räume gerichtet, mehrere Pulse und Behälter erbrochen, hier aber nichts gefunden, was ihnen des Mitnehmens wert erschien. Ein Einbringen in das Gewölbe, in welchem sich die Kassengelder und Wert-

papiere befinden, ist jedoch nicht gelungen. Der oder die Einbrecher haben darauf, ohne etwas mitzunehmen, das Rathaus wieder durch den Keller verlassen. Auf Requisition des Herrn Oberbürgermeisters nahm die Criminalpolizei bereits gestern Vormittag eingehende Besichtigungen vor, um die Spuren der Thäter zu deren Ermittelung zu versetzen.

Aus der Provinz.

* Neustadt, 19. Februar. Der Landrat des Neustädter Kreises hat, im Hinblick auf die Möglichkeit des Auftretens der Cholera in diesem Jahre, die Guts- und Gemeindevorsteher des hiesigen Kreises neuerdings aufgefordert, neben anderen Schutzmaßregeln für eine durchgreifende Besserung der Trinkwasser-Verhältnisse zu sorgen. In manchen Ortschaften des Kreises seien überhaupt keine oder nicht genügende Tiebrunnen vorhanden und werde vielfach der Bedarf an Trinkwasser theils aus öffentlichen Gewässern, theils aus flachen Brunnen, welche durch das Grundwasser gespeist werden und daher vor der Gefahr der Verseuchung nicht geschützt seien, genommen. Es komme mitunter auch wohl vor, diese Wasserentnahmestellen noch durch Abwasser und Fäkalien verunreinigt würden. Aber selbst dort, wo Brunnen vorhanden seien, welche an sich ein einwandfreies Wasser liefern, gaben dieselben vielfach infolge zu Bedenken Anlaß, als dieselben nicht gebrüdig umwährt, oder zum Schöpfen mittels der Gefäße der Wasserentnehmer eingerichtet und hierdurch die Gefahr der Verunreinigung mit Krankheitsskeimen ausgelebt seien. Die Guts- und Gemeindevorsteher sind angewiesen, dafür zu sorgen, daß solche am Orte vorhandenen Brunnen sogleich in Tiebrunnen mit bestmöglichem Filter oder in geschlossene Brunnen umgewandelt, auch daß die Ummärunghen gehörig abgedeckt werden. Wo nicht genügend oder keine Tiebrunnen vorhanden sind, müssen dieselben schneidig hergestellt werden. In Ermangelung von Mitteln sind entsprechende Anträge auf Gewährung von Darlehen zu stellen, da es nicht ausgeschlossen ist, daß solche von den hiesigen Kreisparchen für den genannten Zweck zu billigem Zinsfuß würden bewilligt werden. — Zur Feier des goldenen Bischofsjubiläums des Papstes sind heute mehrere Gebäude sowie die katholische Pfarrkirche, in welcher Festgottesdienst stattfanden, mit deutschen und päpstlichen Fahnen geschmückt. Abends fand eine Illumination der Kirche und einiger Gebäude statt; im Alchnerischen Lokale wurde von dem katholischen Gesellenvereine eine größere Festfeier abgehalten. — Die Maul- und Klauenseuche in den Ortschaften Schönwalde-Glashütte, Al. Dennewitz und Löbau ist erloschen.

* Der erste Pfarrstelle an der ehemaligen Kathedrale zu Marienwerder berufene Superintendent a. D. Pfarrer Braut (bisher zu Aarow, Provinz Sachsen), ist zum Superintendenten der Diözese Marienwerder bestellt worden.

WT. Königsberg, 18. Februar. Seitens des Lehrkörpers der Universität wird für den ausgeschiedenen Dr. Friedländer der Geh. Justizrat Professor Güterbock als Vertreter der Universität im Herrenhause präsentiert.

Dramburg, 18. Februar. Am 1. März 1887 wird die Feier des 600jährigen Bestehens unserer Stadt begangen werden.

* Dem Postdirektor a. D. Martini zu Bromberg ist der Kronen-Orben 3. Klasse und dem Briefträger a. D. Johann Schröder zu Königsberg das allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Czersk, 18. Februar. Ein Räthner und dessen Ehefrau in Abbau Ossoma hatten sich nach Welle zum Gottesdienst begeben und ihre Kinder allein zu Hause gelassen. Als sie zurückkehrten, war ihr Gehöft in einem rauchenden Trümmerhaufen verwandelt. Das Feuer soll durch Spielen der Kinder mit Streichhölzchen entstanden sein. Die Kinder flüchteten sich rechtzeitig ins Freie.

* Der erste Pfarrstelle an der ehemaligen Kathedrale zu Marienwerder berufene Superintendent a. D. Pfarrer Braut (bisher zu Aarow, Provinz Sachsen), ist zum Superintendenten der Diözese Marienwerder bestellt worden.

WT. Königsberg, 18. Februar. Seitens des Lehrkörpers der Universität wird für den ausgeschiedenen Dr. Friedländer der Geh. Justizrat Professor Güterbock als Vertreter der Universität im Herrenhause präsentiert.

Stuttgart, 20. Februar. An der heute abgehaltenen ersten Versammlung der Concursgläubiger des Commerzienraths Staengen wurden über drei Millionen an Forderungen angemeldet. An Activen sind nur 1200 Mark und ausländische Forderungen, welche noch bestehen sind, vorhanden.

Stuttgart, 20. Februar. An der heute abgehaltenen ersten Versammlung der Concursgläubiger des Commerzienraths Staengen wurden über drei Millionen an Forderungen angemeldet. An Activen sind nur 1200 Mark und ausländische Forderungen, welche noch bestehen sind, vorhanden.

London, 20. Februar. (W. L.) In der heutigen Generalversammlung des „Deutschen Bauernbundes“ hielt der Vorsitzende Herr v. Plötz mit, er sei vom Ausschuß zu der Erklärung ermächtigt, der „Deutsche Bauernbund“ sei bereit, seine Auflösung auszusprechen und mit seinen 40 000 Mitgliedern und seinem Kapitalvermögen dem Bunde der Landwirthe beizutreten, wenn es auch diesem Bunde möglich sei wirtschaftliche Vortheile den Mitgliedern zu gewähren, wie dies im Bauernbunde der Fall gewesen. Eine spätere Generalversammlung werde darüber beschließen. Darauf folgte eine Befreiung der politischen Lage und des conservativen Programmes.

Stuttgart, 20. Februar. An der heute abgehaltenen ersten Versammlung der Concursgläubiger des Commerzienraths Staengen wurden über drei Millionen an Forderungen angemeldet. An Activen sind nur 1200 Mark und ausländische Forderungen, welche noch bestehen sind, vorhanden.

London, 20. Februar. (W. L.) Reuters Bureau meldet aus Brisbane: Starke Regengüsse verursachten neuerdings Überschwemmungen in Queensland. Die Verbindungen der Eisenbahnen und Telegraphen sind vielfach unterbrochen. Ipswich steht fast ganz unter Wasser, welches langsam sinkt. Mehrere Personen sind ertrunken.

Petersburg, 20. Februar. (W. L.) Das Department der Reichsökonomie stimmte dem Project des Finanzministers zu, wonach von allen Rubel-possessions von und nach Russland eine Steuer von einem Rubel für 100 Rubel erhoben wird, um die Höhe der Circulation des Creditrubels von und nach Russland festzustellen.

Paris, 20. Februar. (W. L.) Die Regierung will die Witterung in Frankreich verbessern. Eine Regierungskommission wird die Windstärke: 1 = leicht, 2 = schwach, 3 = mäßig, 4 = frisch, 5 = stark, 6 = sehr stark, 7 = sturm, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = schwerer Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung. Das barometrische Minimum, welches gestern südwärts von Irland lag, hat sich nordwärts fortgesetzt, während eine Turme niedriger Luftdrucks über Norddeutschland lagert, so daß an der Ostküste schwache östliche und nordöstliche Winde mit sinkender Temperatur, im Binnenlande westliche und südwestliche Winde mit milder Witterung und vielfach Regenfall vorherrschend sind. In Deutschland, wo fast überall Nied

Beilage zu Nr. 19987 der Danziger Zeitung.

Montag, 20. Februar 1893.

Reichstag.

47. Sitzung vom 18. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: v. Bötticher.
Die zweite Berathung des Etsats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt.

Der Rest des Kapitel 7, Besoldungen, wird ohne Debatte bewilligt, nachdem Referent Abg. Graf Behr bei den die Unterbeamten betreffenden Titeln auf die Mehrausgaben aufmerksam gemacht hat, welche durch die Einführung des Systems der Dienstalterzulagen für sämtliche Unterbeamten des Reichsdienstes im Etsat entstehen.

Bei Kapitel 8, Allgemeine Fonds, Titel 1, Unterstüzung für das germanische Museum in Nürnberg 48 000 Mark, führt

Abg. Kunert (Soc.) aus, daß und weshalb die Socialdemokratie der kapitalistischen Kunst mit Miffrauen gegenüber stehe. Die Kunst sei unter das kau- dinische Joch des Kapitalismus gebeugt. Als Redner sich über diesen Gedanken eingehend zu verbreiten suchte, wurde er wiederholt vom Präsidenten von Leebow zur Sache verwiesen und brach schlichlich ab.

Bei den Titeln „ur Unterhaltung deutscher Post- dampferverbindungen“ erklärt

Abg. Bamberger, nicht gerade an dieser Stelle auf die Colonialfrage eingehen zu wollen, doch wiederholte er seine Bitte um Veröffentlichung einer Statistik über den Verkehr mit Ostafrika.

Staatssecretär v. Bötticher: Pro 1891 ist dieselbe bereits im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden, pro 1892 liegt das gesammelte Material noch nicht vor.

Bei dem Titel „Invaliditäts- und Altersversicherung“ fragt Abg. Barth (freis.) an, ob die Annahme der Regierung, es würden am 1. Januar 1893 rund 67 000 Invaliden-Empfänger vorhanden sein, getroffen sei. Es handele sich hier um eine der schwierigsten Ausgaben für das Reich. Bei den Arbeitern werde leicht, wenn sie einer Invalidenrente gewiss sein dürfen, die Neigung hervortreten, ihre Arbeitsfähigkeit als gemindert zu betrachten. Auch für die Arbeitgeber werde oft das subjektive Ermeß der Ausfallzeit geben. Man befürfe sich daher hier auf sehr schwankendem Boden. Es werde Zweifelpunkt zwischen den Annahmen der Arbeiter und den Arbeitgebern eintreten — was ja auch schon geschehen sei — und das werde Mißstimmung zur Folge haben. Es sei das um so schlimmer, als das Invalidengeflecht ja auch schon aus anderen Gründen Unzufriedenheit hervorgerufen habe. Er verweise da nur auf die Petition aus Nürnberg um Aufhebung des Gesetzes. Diese lasse erkennen, eine wie starke Mißstimmung in Deutschland gegen das Gesetz vorhanden sei. Habe doch jene Petition eine Viertel Million Unterschriften gefunden, aus allen Parteien! Wenn sich eine Regierung fände, die sich zu dem Entschluß ausschwänge, das Gesetz wieder aufzuheben, würde sich dieselbe ein dauerndes Verdienst um das Reich erwerben. Jedemfalls erbitte er eine genaue Statistik über die Ursachen der Invaliditätsanträge.

Staatssecretär v. Bötticher: Ich bemerke zunächst, daß sich über die von uns erwartete Zahl der Altersrenten ein kleines Mehr, bei den Invaliditäts-Rentnern dagegen ein erhebliches Minus herausgestellt hat. Es scheint, daß aus Unkenntnis des Gesetzes und seiner Wohlthat noch eine ganze Anzahl Bezugsberechtigter noch keine Anträge auf Gewährung der Rente gestellt haben. Wir nehmen an, daß unsere Regierungen im wesentlichen das Richtige getroffen haben. Das Schwierigkeiten in Bezug auf die Rentengewähr vorliegen, trifft zu. Daß das Interesse der Arbeiter nicht geringgrad gewahrt sei, befürchte ich aber nicht, denn es wirken ja bei der Entscheidung über die Renten auch Arbeiter mit. Was die vom Vorredner gewünschte Aufhebung des Gesetzes und die Nürnberger Petition anlangt, so meine ich doch, daß auf leichtere niemand Gewicht legen könnte. Jeder weiß ja in diesem Hause, wie Unterschriften zu Stande kommen. (Abg. Singer: Auch im Bundesrath! Heiterkeit!) Die Petition hat ja auch nur einen lokalen Charakter. Jedemfalls hat sich das Gesetz auch viele Freunde erworben. Man empfindet die Beiträge gar nicht mehr als eine Last, sondern zahlt sie, wie man die Steuern zahlt. Bei einer Befestigung des Gesetzes würde auch der Abg. Barth auf ernste Schwierigkeiten stoßen. Suchen Sie deshalb lieber dem Volke das Gesetz schmackhaft zu machen und sagen Sie demselben: In Eurem Interesse ist das Gesetz gemacht.

Abg. v. Schalch (Centr.) bestreitet, daß von einem Rechtsbruch die Rede sein könne; denn die Rentenberechtigten können ja freiwillig auf ihre Rechte verzichten.

Abg. Bebel (Soc.): An Aufhebung des Gesetzes kann nicht gedacht werden; denn keinem Rentenberechtigten wird es einfallen, auf die Versicherung zu verzichten. Bezüglich des Nachweises der Invalidität bin ich ausnahmsweise der Meinung des Staatssecretärs. Die Arbeiter bekämpfen das Zustandekommen des Gesetzes nicht wegen des Prinzipps, sondern wegen der geringen Leistungen. Ich bitte den Staatssecretär um Auskunft, ob generelle Verfügungen an alle Invaliditätskassen über die Verwendung der eingelaufenen Geldern ergangen sind. So sollen z. B. aus diesen Geldern Darlehen zum Bau von Arbeiterwohnungen gewährt werden sein. Solche Einrichtungen haben lediglich den Zweck, die Arbeiter von den Unternehmern abhängig zu machen.

Ferner sind Klagen der Arbeiter eingelaufen, daß die in der Hausindustrie beschäftigten Arbeiter nicht überall in das Gesetz einbezogen sind.

Staatssecretär v. Bötticher: Generelle Verfügungen über die Verwendung der Gelder zu erlassen, sind die Regierungen gar nicht in der Lage. Bisher sind beim Bundesrat noch keine Beschlüsse über ungewöhnliche Verwendung eingelaufen. Was nun die Einziehung der Hausindustrie betrifft, so ist es bei der Tabakindustrie bereits geschehen, und es liegt in der Absicht, damit weiter vorzugehen, sobald in der Tabakindustrie Erfahrungen gesammelt sind.

Abg. Wisser (wildlib.): Ich beklage mich über die belastenden Wirkungen des Gesetzes auf die niederen Schichten des Mittelstandes; besonders würden die Kleinbauern dadurch hart betroffen. Die Unzufriedenheit erklärte sich aus diesem Umstände.

Abg. Graf Behr (Reichsp.) weist darauf hin, daß das Gesetz doch im großen und ganzen gute Wirkungen gehabt habe. An eine Aufhebung sei deshalb nicht zu denken.

Abg. Dr. Barth (freis.): Eine Petition aus Grimmen, also aus dem Wahlkreise des Grafen Behr, geht geradezu darauf aus, daß der sozialistische Gedanke des Reichszuschusses so weit ausgedehnt wird, daß die ganzen Kosten auf das Reich übernommen werden. Das ist freilich eine sehr bequeme Manier. Wir sind vor allen Dingen Gegner des Gesetzes gewesen, weil die finanzielle Tragweite des Gesetzes unterschätzt worden ist. Diese Überzeugung befestigte sich bei mir von Tag zu Tag. Daß bei der Nürnberger Petition die 222 000 Unterschriften nicht ohne Agitation gesammelt worden sind, ist selbsterklärend. Aber man darf nicht den Potentaten die Loyalität absprennen.

Alle, welche bei dem Zustandekommen des Gesetzes mitgewirkt haben, wollen jetzt nichts mehr von ihrer Mitwirkung wissen. Dies Gesetz ist wie dazu geschafft, neue Strafgesetze einzutragen zu lassen, und das perhorrescit wir. Das Verlangen der Socialdemokratie nach Strafbestimmungen für Lohnverkürzungen beweist das. Ich erneure meine Bitte um Auskunft über die 67 000 Invaliden vom 1. Januar 1893.

Staatssecretär Dr. v. Bötticher erwidert, es handle sich nur um 17 500 Invaliden. Bis jetzt habe man

das Gesetz nur nach subjektiven Empfindungen beurtheilt. Man müsse die Erfahrungen abwarten.

Abg. Frhr. v. Pfetten (Centr.): Es haben sich ja Unzufriedenheiten bei dem Gesetz herausgestellt. Wenn jedoch fortwährend die Unzufriedenheit geäußert wird, hindert man auf diese Weise die Einbürgerung des Gesetzes. Zu wünschen wäre, daß die Vortheile des Gesetzes auch den kleinen Gewerbetreibenden und Handwerkern zu gute kämen.

Abg. Schrader (freis.): Wenn es möglich ist, für eine Petition eine solche Anzahl von Unterschriften zu gewinnen, dann müssen doch im Gesetz Bestimmungen sein, die Anfang erreigen. Daß die Socialdemokratie heute für das Gesetz eintreten, ist erklärlisch; denn das Gesetz beruht auf einem sozialistischen Princip. Wir halten Abänderungen des Gesetzes für nothwendig, aber wir können sie erst dann beantragen, wenn uns das Material über die bisher gemachten Erfahrungen vorliegt. Jedemfalls muß bei der Ausdehnung des Gesetzes die äußerste Vorsicht beobachtet werden. Die Verantwortung der Regierungen, welche sie mit diesem Gesetz auf sich genommen haben, ist so groß, daß sie alles tun sollten, was zur Verbesserung oder besser Abhängigkeit desselben nötig ist. (Beifall links.)

Abg. Möller (nat.-lib.): hält die Abhängigkeit des Gesetzes für ausgeschlossen. Es könnte sich nur um eine Abänderung einzelner Bestimmungen handeln. Mit der Verwendung der angesammelten Gelder müsse man vorsichtig sein. Arbeiternwohnungen, zu deren Errichtung die Gelder hergegeben seien, hätten einen nur lokalen Werth. Die Gelder müßten populärlich sicher angelegt werden.

Abg. Röske (wild-lib.): hält die Bedenken des Abg. Barth nicht für gerechtfertigt. Die Arbeiter seien mit ganz geringen Ausnahmen für das Gesetz. Unzufriedenheit sei gerade dadurch entstanden, daß Arbeiter, welche glaubten, unter das Gesetz zu fallen, durch Entscheidung des Reichsversicherungsamtes ausgeschlossen worden seien. Deshalb sei eine Ausdehnung des Gesetzes nothwendig.

Abg. Bebel (Soc.): Wir haben nicht gegen das Invaliditätsgefecht gestimmt, weil wir annahmen, daß es doch eine Mehrheit haben werde — denn die Annahme war doch sehr zweifelhaft — sondern weil wir die Grundlagen des Gesetzes bekämpfen mußten; denn der Beitrag des Arbeitgebers und des Staates geht doch schließlich aus den Taschen der Steuerzahler. Sozialistisch ist das Gesetz durchaus nicht, denn es gefährdet gar nicht die gegenwärtige Gesellschaftsordnung. Redner beklagt es darauf, daß Arbeiter, denen vorläufig eine Rente zugestellt worden sei, wenn ihnen in späterer Instanz die Rente abgesprochen wird, diese zurückzahlen müssten.

Staatssecretär v. Bötticher erwidert, daß es selbstverständlich sei, wenn eine zu Unrecht bezogene Rente juristisch geahndet werden müsse. Aber man müsse doch bedenken, daß die vorläufige Vollstreckbarkeit der Entscheidung erster Instanz aus Wohlwollen für die Arbeiter festgelegt worden sei.

Staatssecretär v. Bötticher: Ich bemerke zunächst, daß sich über die von uns erwartete Zahl der Altersrenten ein kleines Mehr, bei den Invaliditäts-Rentnern dagegen ein erhebliches Minus herausgestellt hat. Es scheint, daß aus Unkenntnis des Gesetzes und seiner Wohlthat noch eine ganze Anzahl Bezugsberechtigter noch keine Anträge auf Gewährung der Rente gestellt haben. Wir nehmen an, daß unsere Regierungen im wesentlichen das Richtige getroffen haben. Das Schwierigkeiten in Bezug auf die Rentengewähr vorliegen, trifft zu. Daß das Interesse der Arbeiter nicht geringgrad gewahrt sei, befürchte ich aber nicht, denn es wirken ja bei der Entscheidung über die Renten auch Arbeiter mit. Was die vom Vorredner gewünschte Aufhebung des Gesetzes und die Nürnberger Petition anlangt, so meine ich doch, daß auf leichtere niemand Gewicht legen könnte. Jeder weiß ja in diesem Hause, wie Unterschriften zu Stande kommen. (Abg. Singer: Auch im Bundesrath! Heiterkeit!) Die Petition hat ja auch nur einen lokalen Charakter. Jedemfalls hat sich das Gesetz auch viele Freunde erworben. Man empfindet die Beiträge gar nicht mehr als eine Last, sondern zahlt sie, wie man die Steuern zahlt. Bei einer Befestigung des Gesetzes würde auch der Abg. Barth auf ernste Schwierigkeiten stoßen. Suchen Sie deshalb lieber dem Volke das Gesetz schmackhaft zu machen und sagen Sie demselben: In Eurem Interesse ist das Gesetz gemacht.

Abg. v. Schalch (Centr.) bestreitet, daß von einem Rechtsbruch die Rede sein könne; denn die Rentenberechtigten können ja freiwillig auf ihre Rechte verzichten.

Am 21. Februar, 19. Danzig, 20. Febr. M.-A. b. Tage. G. A. 10. G. U. 19. M. U. 11. M. U. 12. M. U. 13. M. U. 14. M. U. 15. M. U. 16. M. U. 17. M. U. 18. M. U. 19. M. U. 20. M. U. 21. M. U. 22. M. U. 23. M. U. 24. M. U. 25. M. U. 26. M. U. 27. M. U. 28. M. U. 29. M. U. 30. M. U. 31. M. U. 1. M. U. 2. M. U. 3. M. U. 4. M. U. 5. M. U. 6. M. U. 7. M. U. 8. M. U. 9. M. U. 10. M. U. 11. M. U. 12. M. U. 13. M. U. 14. M. U. 15. M. U. 16. M. U. 17. M. U. 18. M. U. 19. M. U. 20. M. U. 21. M. U. 22. M. U. 23. M. U. 24. M. U. 25. M. U. 26. M. U. 27. M. U. 28. M. U. 29. M. U. 30. M. U. 31. M. U. 1. M. U. 2. M. U. 3. M. U. 4. M. U. 5. M. U. 6. M. U. 7. M. U. 8. M. U. 9. M. U. 10. M. U. 11. M. U. 12. M. U. 13. M. U. 14. M. U. 15. M. U. 16. M. U. 17. M. U. 18. M. U. 19. M. U. 20. M. U. 21. M. U. 22. M. U. 23. M. U. 24. M. U. 25. M. U. 26. M. U. 27. M. U. 28. M. U. 29. M. U. 30. M. U. 31. M. U. 1. M. U. 2. M. U. 3. M. U. 4. M. U. 5. M. U. 6. M. U. 7. M. U. 8. M. U. 9. M. U. 10. M. U. 11. M. U. 12. M. U. 13. M. U. 14. M. U. 15. M. U. 16. M. U. 17. M. U. 18. M. U. 19. M. U. 20. M. U. 21. M. U. 22. M. U. 23. M. U. 24. M. U. 25. M. U. 26. M. U. 27. M. U. 28. M. U. 29. M. U. 30. M. U. 31. M. U. 1. M. U. 2. M. U. 3. M. U. 4. M. U. 5. M. U. 6. M. U. 7. M. U. 8. M. U. 9. M. U. 10. M. U. 11. M. U. 12. M. U. 13. M. U. 14. M. U. 15. M. U. 16. M. U. 17. M. U. 18. M. U. 19. M. U. 20. M. U. 21. M. U. 22. M. U. 23. M. U. 24. M. U. 25. M. U. 26. M. U. 27. M. U. 28. M. U. 29. M. U. 30. M. U. 31. M. U. 1. M. U. 2. M. U. 3. M. U. 4. M. U. 5. M. U. 6. M. U. 7. M. U. 8. M. U. 9. M. U. 10. M. U. 11. M. U. 12. M. U. 13. M. U. 14. M. U. 15. M. U. 16. M. U. 17. M. U. 18. M. U. 19. M. U. 20. M. U. 21. M. U. 22. M. U. 23. M. U. 24. M. U. 25. M. U. 26. M. U. 27. M. U. 28. M. U. 29. M. U. 30. M. U. 31. M. U. 1. M. U. 2. M. U. 3. M. U. 4. M. U. 5. M. U. 6. M. U. 7. M. U. 8. M. U. 9. M. U. 10. M. U. 11. M. U. 12. M. U. 13. M. U. 14. M. U. 15. M. U. 16. M. U. 17. M. U. 18. M. U. 19. M. U. 20. M. U. 21. M. U. 22. M. U. 23. M. U. 24. M. U. 25. M. U. 26. M. U. 27. M. U. 28. M. U. 29. M. U. 30. M. U. 31. M. U. 1. M. U. 2. M. U. 3. M. U. 4. M. U. 5. M. U. 6. M. U. 7. M. U. 8. M. U. 9. M. U. 10. M. U. 11. M. U. 12. M. U. 13. M. U. 14. M. U. 15. M. U. 16. M. U. 17. M. U. 18. M. U. 19. M. U. 20. M. U. 21. M. U. 22. M. U. 23. M. U. 24. M. U. 25. M. U. 26. M. U. 27. M. U. 28. M. U. 29. M. U. 30. M. U. 31. M. U. 1. M. U. 2. M. U. 3. M. U. 4. M. U. 5. M. U. 6. M. U. 7. M. U. 8. M. U. 9. M. U. 10. M. U. 11. M. U. 12. M. U. 13. M. U. 14. M. U. 15. M. U. 16. M. U. 17. M. U. 18. M. U. 19. M. U. 20. M. U. 21. M. U. 22. M. U. 23. M. U. 24. M. U. 25. M. U. 26. M. U. 27. M. U. 28. M. U. 29. M. U. 30. M. U. 31. M. U. 1. M. U. 2. M. U. 3. M. U. 4. M. U. 5. M. U. 6. M. U. 7. M. U. 8. M. U. 9. M. U. 10. M. U. 11. M. U. 12. M. U. 13. M. U. 14. M. U. 15. M. U. 16. M. U. 17. M. U. 18. M. U. 19. M. U. 20. M. U. 21. M. U. 22. M. U. 23. M. U. 24. M. U. 25. M. U. 26. M. U. 27. M. U. 28. M. U. 29. M. U. 30. M. U. 31. M. U. 1. M. U. 2. M. U. 3. M. U. 4. M. U. 5. M. U. 6. M. U. 7. M. U. 8. M. U. 9. M. U. 10. M. U. 11. M. U. 12. M. U. 13. M. U. 14. M. U. 15. M. U. 16. M. U. 17. M. U. 18. M. U. 19. M. U. 20. M. U. 21. M. U. 22. M. U. 23. M. U. 24. M. U. 25. M. U. 26. M. U. 27. M. U. 28. M. U. 29. M. U. 30. M. U. 31. M. U. 1. M. U. 2. M. U. 3. M. U. 4. M. U. 5. M. U. 6. M. U. 7. M. U. 8. M. U. 9. M. U. 10. M. U. 11. M. U. 12. M. U. 13. M. U. 14. M. U. 15. M. U. 16. M. U. 17. M. U. 18. M. U. 19. M. U. 20. M. U. 21. M. U. 22. M. U. 23. M. U. 24. M. U. 25. M. U. 26. M. U. 27. M. U. 28. M. U. 29. M. U. 30. M. U. 31. M. U. 1. M. U. 2. M. U. 3. M. U. 4. M. U. 5. M. U. 6. M. U. 7. M. U. 8. M. U. 9. M. U. 10. M. U. 11. M. U. 12. M. U. 13. M. U. 14. M. U. 15. M. U. 16. M. U. 17. M. U. 18. M. U. 19. M. U. 20. M. U. 21. M. U. 22. M. U. 23. M. U. 24. M. U. 25. M. U. 26. M. U. 27. M. U. 28. M. U. 29. M. U. 30. M. U. 31. M. U. 1. M. U. 2. M. U. 3. M. U. 4. M. U. 5. M. U. 6. M. U. 7. M. U. 8. M. U. 9. M. U. 10. M. U. 11. M. U. 12. M. U. 13. M. U. 14. M. U. 15. M. U. 16. M. U. 17. M. U. 18. M. U. 19. M. U. 20. M. U. 21. M. U. 22. M. U. 23. M. U. 24. M. U. 25. M. U. 26. M. U. 27. M. U. 28. M. U. 29. M. U. 30. M. U. 31. M. U. 1. M. U. 2. M. U. 3. M. U. 4. M. U. 5. M. U. 6. M. U. 7. M. U. 8. M. U. 9. M. U. 10. M. U. 11. M. U. 12. M. U. 13. M. U. 1

